

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nach 4 Uhr Vormittag monatlich 2,20 M. frei Haus, bei Vorbestellung 1,20 M. (zuzüglich Postgebühren). Einzelnummern 10 Pf. Alle Anzeigen, Inserate, Briefe, unsere Leserbriefe u. dergleichen sind zu jeder Zeit bei der Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ zu nehmen. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ befindet sich in Wilsdruff, Postfach 206. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Bei Konten und Abrechnungen ist der Name des Abnehmers anzugeben. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ ist für die Nichterfüllung von Anzeigen über den Inhalt der Anzeigen nicht verantwortlich. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ ist für die Nichterfüllung von Anzeigen über den Inhalt der Anzeigen nicht verantwortlich.



Angestammte und aufstrebende Familien in Wilsdruff, die sich durch ihre Tatkraft und ihren Fleiß in der Landwirtschaft und im Handel hervorgetan haben, werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Bei Konten und Abrechnungen ist der Name des Abnehmers anzugeben. Die Redaktion des „Wilsdruffer Tageblatt“ ist für die Nichterfüllung von Anzeigen über den Inhalt der Anzeigen nicht verantwortlich.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rosten sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 276 — 97. Jahrgang Traubenstraße „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Vol. 104 Sonnabend, den 26. November 1938

Wiederaufbau der Landwirtschaft

Zum 6. Reichsbauernntag in Goslar

Der 6. Reichsbauernntag in Goslar, der nach der Eröffnungsrede Darres stärksten Interesse beansprucht, ist der erste Großdeutsche Reichsbauernntag. Zum erstenmal sind jetzt die Bauern und Landwirte der Ostmark und des Sudetenlandes als vollberechtigte Mitglieder des Reichsnährstandsführertorgs in der Reichsbauernschaft versammelt. Diese Tatsache weist darauf hin, daß mit der Erweiterung unseres großdeutschen Lebensraumes uns auch die Verantwortung auferlegt ist, daß das bäuerliche Leben in den wiedergewonnenen Gebieten, das jahrzehntelang unter den Folgen einer artfremden Herrschaft zu leiden hatte, durch das beispiellose Tempo unserer industriellen und gewerblichen Aufwärtsentwicklung nicht Schaden leiden darf, und daß gerade in den neuen Gebieten Landflucht und Landarbeitermangel, zwei Fragen, die den 6. Reichsbauernntag beherrschen, eingehend beobachtet werden. Nach der organisatorischen Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes in den Reichsnährstand hat aber auch hier sofort gründliche Arbeit eingesetzt, die auf der Linie der Maßnahmen im Altreich liegt.

Der 6. Reichsbauernntag berechtigt uns, einen Ueberblick über das zu geben, was für den Aufbau der Landwirtschaft seit der Machtübernahme getan wurde. Bei der Machtübernahme fand die Regierung Adolf Hitlers eine durch langjährige Krisen völlig ruinierte Landwirtschaft vor. Die Verschuldung war ins Unermeßliche gewachsen und hatte bereits den Besitzstand des alleingewesenen Bauerntums ernstlich gefährdet, und infolge der völligen Zerrüttung des Weltmarktes war das agrarische Preisniveau bereits unter die Rentabilitätsgrenze gedrückt.

Die nationalsozialistische Regierung hat hier schnell und durchgreifend zugegriffen. In klarer Erkenntnis der furchtbaren Gefahren ergaben sich für die Gesehgebung drei große agrarpolitische Ziele: Es galt, die Landwirtschaft in ihrem Besitz und ihrem Bestand zu sichern, die Produktivität zu steigern und vor Erschütterungen zu bewahren und eine gerechte Preisbildung zu schaffen, die den Ansprüchen des Bauern und der verbrauchenden Bevölkerung entsprach.

So wurden grundlegende neue Gesetzesmaßnahmen geschaffen und auch sofort verwirklicht. Der erste Angriff galt der übermäßigen Verschuldung. Nach vorläufigen Verordnungen wurde bereits am 1. Juni 1933 ein Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse geschaffen, das eine Entschuldung bis 1943 vorsieht.

Galt es also vorerst, die Krisenfolgen zu liquidieren, so waren die weiteren Maßnahmen darauf gerichtet, für alle Zukunft neue Gefährdungen des Besitzstandes der deutschen Landwirtschaft auszuschließen. Durch das Reichserbhofgesetz, das am 1. Reichserntedanktag im Herbst 1933 verkündet wurde, ist die Entwurzelung des Bauerntums verhindert worden. Gleichzeitig wurde durch das Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums die Errichtung neuer lebensfähiger Bauernhöfe gefördert und die Bildung von zu kleinen oder zu teuren Siedlungen verhindert.

Mit aller Entschiedenheit wurde dem liberalistischen Grundsatz, daß Grund und Boden Handelsware sind, ein Ende bereitet. Durch Gesetz wurde die Genehmigung zum Kauf landwirtschaftlicher Grundstücke an Bedingungen geknüpft, durch die die Interessen der Allgemeinheit gewahrt wurden. Schließlich wurde die starke Zersplitterung vieler Bauernbetriebe in kleine und kleinste Parzellen beseitigt und durch Zusammenlegung der Parzellen die Möglichkeit für die Anwendung moderner Arbeitsmethoden geschaffen.

Angefaßt der geradezu katastrophalen Landflucht, die im Zusammenhang mit dem Lohnbruch und den unwürdigen Arbeitsbedingungen für deutsche Landarbeiter wurden, wurden Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Landarbeiterschaft notwendig. Es wurde Sorge getragen für Verbesserung der Arbeits- und Wohnverhältnisse der Landarbeiter, und die Arbeit des Landarbeiters, die bisher als „ungelehrt“ und minderwertig angesehen wurde, wurde gebührend eingestuft und zur „gelernten“ Arbeit erhoben. Heute ist genügend Anreiz gegeben, den Beruf des Landarbeiters zu erwählen, nachdem würdige Lebensbedingungen und ausreichende Existenzmöglichkeiten gesichert sind. Alle diese Maßnahmen werden sich zweifellos als wirksame Waffe gegen die Landflucht erweisen, und es wird manches wiedergutmacht, was gerade auf diesem Gebiet in den letzten Jahren verfallen worden ist.

Nachdem all diese Maßnahmen als Voraussetzung für einen gesunden Wiederaufbau der Landwirtschaft getroffen waren, konnte nun darangegangen werden, die Produktivität zu steigern und an Stelle einer mangelhaft gesteuerten Wirtschaft eine planvolle Bedarfdeckungsirtschaft zu setzen. Dazu waren eine Festlegung der Preise, eine Regelung des Absatzes und eine Lenkung der Produktion notwendig. Durch Errichtung des Reichsnährstandes wurde eine straffe Organisation geschaffen, die die Lösung dieser Aufgaben gewährleistet. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Produktion und Erhöhung der Ertragsleistung sind das übrige, um das gefasste Ziel zu erreichen. So wurde im Laufe der letzten fünf Jahre nach und nach fast

Einsatz bis zum Neuzersteren

Arbeitstagung des Fachamts „Energie—Verkehr—Verwaltung“ — Dr. Frick, Dr. Ley und Fachamtsleiter Körner sprachen!

Die diesjährige Arbeitstagung des Fachamts „Energie—Verkehr—Verwaltung“ in der DWA erreichte mit der im großen Saal der Krolloper in Berlin durchgeführten Haupttagung Höhepunkt und Höhepunkt. Vor den Vertretern der 2,8 Millionen Gesellschaftsmitglieder, die von diesem Fachamt in rund 250.000 deutschen Betrieben betreut werden, sprachen Reichsinnenminister Dr. Frick, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Fachamtsleiter Körner über das, was auf diesem wichtigen Wirtschaftszweig bereits geleistet ist und was an Problemen und Aufgaben für die Zukunft noch angepackt werden muß.

Als erster umriss Reichsinnenminister Dr. Frick die Grundzüge nationalsozialistischer Arbeitspolitik. Nach einer kurzen Würdigung der genialen Politik des Führers, der es zu danken sei, daß die politischen Grundherde in Mitteleuropa aufgetreten und die Ostmark und Sudetenland ohne Schwerförmigkeit in Reich aufgenommen seien, sprach der Minister über die außerordentlichen Anforderungen, die die letzten Monate an die Gesellschaftsmitglieder des Fachamtes Energie, Verkehr und Verwaltung gestellt haben. Aber auch die künftigen großen Arbeitsziele würden dank der politischen Klugheit und der Erziehung zu völkergemeinschaftlichem Denken und Handeln erreicht werden. Der Gedanke der Volksgemeinschaft müsse nach wie vor als leitendes Gut behütet werden. Sie werde in Deutschland der künstliche Unterschied, den der Marxismus zwischen den Arbeitern der Stirn und der Faust geschaffen habe, wieder auflösen. Aber auch ein auf Neuzersteren übermäßigen Wert legender Herrenstandpunkt und die Eitelkeit um können die Volksgemeinschaft töten. Der Arbeiter fände durch Liebesdienste nur Mangel seiner Person und Leistungsfähigkeit zu verbergen. Ebenso würden Denunzianten, Verleumdungen und andere Straftaten, Angelegenheiten und Angelegenheiten beiderlei Geschlechts in Deutschland einen Tummelplatz mehr finden.

Hand in Hand mit der Zurückdrängung von Störern des Arbeitsfriedens ist die körperliche, geistige und seelische Ausrichtung der Gesellschaft angegangen. Die freiwilligen vordringenden ärztlichen Untersuchungen verdienen heute um so mehr Bedeutung, da die Bevölkerungsdichte mit der Frage der Gesundheit der Arbeitskräfte eng zusammenhängt. Wir werden so erklärte der Minister, unentwegt um einen gerechten Familienausgleich bestrebt sein.

Wir werden nicht eher ruhen, als bis die deutschen Eltern einer Anzahl von vier und mehr Kindern ohne besondere wirtschaftliche Sorgen entgegensehen, sie versorgen, aufziehen, erziehen und für einen Beruf vorbereiten können. Zur Förderung der Jugend sind in weltanschaulicher und geistlicher Hinsicht die Teilnahme an HJ-Lagern und Fahrten für die Bedürftigen besondere Aufschlüsse erhalten. Besondere Bedeutung zu Ehren der großartigen Beteiligung am Reichserbhofgesetz. Die DWA und die

öffentliche Verwaltung marschieren zu einem gemeinsamen hohen Ziele: Dem Wohl und der Größe unseres deutschen Volkes.

Und ebenso werden die Gesellschaftsmitglieder des öffentlichen Dienstes die Deutsche Arbeitsfront bei ihren wichtigen Aufgaben tatkräftig unterstützen. Dann verabschiedete sich auch auf diesem Gebiet immer wieder die Einheit von Partei und Staat! Dann ist des Führers Wort: „Großdeutschland“ in Zeit und Ewigkeit gesichert!

Fachamtsleiter Körner gab noch einige Daten über die Leistungen und kommenden Arbeiten des Fachamtes mit seinen 250.000 Betrieben und 2,8 Millionen Gesellschaftsmitgliedern. Neue Lehrverträge seien in der Binnenschifffahrt und bei der Reichsbahn, bei der Gemeinde- und Sparverwaltung aufgestellt worden, die zu hohe Verräte hofft das Fachamt schnellstens verfliegen zu können. Die Beteiligung am Leistungskampf der Betriebe habe in diesem Jahr mit einer Beteiligung von 10.000 Betrieben eine 400prozentige Steigerung erfahren. Die Entjagung der Betriebe sei so weit fortgeschritten, daß in verschiedenen Gebieten des Reiches völkergemeinschaftlichen Betrieben gesprochen werden könne.

Dr. Ley: Kein Leerlauf mehr

Reichsorganisationsleiter Dr. Ley ging in seiner Rede von der Tatsache aus, daß Deutschland ein Volk ohne Raum sei, das unter der Führung Adolf Hitlers mit unbändiger Lustkraft und Energie danach strebt, den ihm gebührenden Platz in der Welt zu erringen. Um diesen gewaltigen Kampf zu gewinnen, müsse jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau ihr letztes Können hergeben.

Unter höchstem Verfall stellte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley die Forderung auf, in einer gemäßigten Ausrichtung jeden Leerlauf auszuscheiden, der jetzt noch in Betrieben, Verwaltungen oder Organisationen bestünde, um die höchste Leistung aus dem Volk herauszuholen zu können.

Neben einer planmäßigen Lenkung der Jugend an die Arbeitsplätze, an denen sie dringend gebraucht wird, neben einer radikalen Beseitigung des Vorurteils, daß etwa Handarbeit minderen Wertes sei als Kopfarbeit, verlangte Dr. Ley vor allen Dingen eine Berufserziehung in weit größerem Ausmaß als sie heute bereits vorhanden ist. Mit besonderem Nachdruck betonte Dr. Ley auch die Notwendigkeit des Wettkampfgedankens, der den schaffenden Menschen zu immer größeren Leistungen anspornt und eine wahrhaft sozialistische Auslese der Besten ermöglicht.

Eine besondere Mahnung richtete Dr. Ley an die Betriebsführer. Es gebe nicht an, daß sich heute noch ein Betriebsführer hinter eine anonyme Verantwortung etwa von Aktionären verbergen dürfe.

„Der Führer hat den Mantel des Schicksals gepackt“, schloß Dr. Ley, „er wird ihn nicht wieder loslassen, bis das Schicksal unserem Volk das gleiche gegeben hat, was andere Völker ihr eigen nennen.“

Moskaus Heze in Frankreich

Französische Abgeordnete fordern energisches Vorgehen gegen die Streikagitation

In gutunterrichteten Kreisen verlautet, daß die Regierung beabsichtigt, jeden Beamten, der den als politisch betrachteten Streik mitmacht, sofort zu entlassen. Ministerpräsident Daladier hatte Freitag nachmittags eine längere Beratung mit dem Polizeipräsidenten von Paris, ferner mit dem militärischen Befehlshaber des Gebietes der Hauptstadt. Weitere Besprechungen führte Daladier mit dem Arbeitsminister und dem Kabinettschef des Innenministers. Zu Marzelle ist eine für Sonnabend nachmittag vorgesehene Ausdehnung der Gewerkschaften vom Präfeldern verboten worden.

Die in erster Linie von ausländischer Seite geführte kommunistische Streikheze hat verschiedene Abgeordnete veranlaßt, die Regierung auf die Notwendigkeit härtester Maßnahmen gegen die im Solde Moskaus stehenden Agitatoren hinzuweisen.

So richtete der Abgeordnete der Republikanischen Vereinigung, du Quart, an Daladier ein Schreiben, in dem er mitteilt, daß in verschiedenen Städten Maueranschläge angebracht worden seien, die die Bevölkerung gegen die Regierung aufbeizen.

Der radikalsozialistische Abgeordnete und frühere Minister Leon Meyer erklärte, daß die öffentliche Meinung die energische Aktion der Regierung vollkommen billige. Es handle sich weniger um die Notverordnungen als um eine politische Agitation mit dem Ziel, die Regierung zu stürzen.

Das gesamte agrarische Preisniveau in die nächstnächste Regelung einbezogen und ein gerechter Preis geschaffen, der dem Erzeuger die Deckung der Produktionskosten sicherte und dennoch niedrig genug war, um die Lebenshaltung der Städte nicht mehr als notwendig zu belasten. Die Festlegung der Lebensmittelpreise wurde damit zur entscheidenden Voraussetzung für die Durchführung der Arbeitspolitik.

zen und an ihrer Stelle eine Diktatur der extremen Linken zu errichten.

Wenn der Ministerpräsident energisch bleibe, werde er das Land retten. Der radikalsozialistische Abgeordnete Louis Aubert schließlich stellt fest, daß sich die Regierung im Gegenfall zu Behauptungen der Sozialdemokraten sehr wohl auf die Mehrheit in der Kammer und im Lande stütze. Wieder einmal heften die Kommunisten; da sie ihren auswärtigen Krieg verfehlt hätten, bereiteten sie den Krieg im Innern vor.

24stündiger Generalkrieg?

Scharfe Maßnahmen der Regierung vorgehen
Der Gewerkschaftsverband der GZL hat einen vierundzwanzigstündigen Generalkrieg für nächsten Mittwoch beschlossen. Der Vorstand der Eisenbahnergewerkschaft hat eine Entschickung angenommen, die seine Mitglieder auffordert, dieser Parole eifrig Folge zu leisten. Auch die übrigen Gewerkschaften sollen bereit sein, dem Beschluß der GZL zu unterstehen.

Wie der „Temps“ meldet, hat der Ministerpräsident dem Staatspräsidenten eine Verordnung zur Unterschrift vorgelegt, die nötigenfalls die Requirierung der zur Zeit wildbestrittenen Gruben und der mit ihnen zusammenhängenden Fabriken im Departement Nord gestattet. Diese Verordnung soll am Sonnabend im amtlichen Gesetzbuch erscheinen.

Im Zusammenhang mit der Sitzung des GZL-Vorstandes am Freitagnachmittag glaubt der „Intranseant“ berichten zu können, daß Daladier in einer Besprechung mit dem Arbeitsminister und dem Minister für öffentliche Arbeiten die Haltung der Regierung dahingehend festgelegt habe, daß eine Überlegung der Arbeit auf den Eisenbahnen, den Autobus- und Untergrundbahnen sowie in den staatlichen Verwaltungszweigen nicht